

## "Endspurt in Brüssel" in Rheinischer Merkur (25. Januar 1957)

**Quelle:** Rheinischer Merkur. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Christ und Welt. 25.01.1957, n° 4; 12. Jg. Koblenz: Rheinischer Merkur. "Endspurt in Brüssel", auteur:Grenier, Auguste , p. 6.

**Urheberrecht:** (c) Rheinischer Merkur

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/endspurt\\_in\\_brussel\\_in\\_rheinischer\\_merkur\\_25\\_januar\\_1957-de-46c02b05-5e94-4b51-af87-19ca6f99fb83.html](http://www.cvce.eu/obj/endspurt_in_brussel_in_rheinischer_merkur_25_januar_1957-de-46c02b05-5e94-4b51-af87-19ca6f99fb83.html)

**Publication date:** 05/11/2015



## Endspurt in Brüssel

### Was bei der Außenministerkonferenz auf dem Spiel steht / Von August Grenier

Brüssel, im Januar

Ein überarbeiteter Paul-Henri Spaak empfing am letzten Samstag mit dem Glockenschlag zwölf eine sechsköpfige Delegation des Europarates unter Führung des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Fernand Dehousse. Die Unterredung dauerte ganze zwanzig Minuten, und etwas verduzt fragten sich die Delegierten aus Straßburg, ob dazu ihre Anreise aus Bonn, London und Paris eigentlich nötig gewesen wäre. „Wir haben offene Türen eingerrannt“ stellte einer der Besucher nachher fest.

Das Anliegen, das die sechs im Auftrag der Beratenden Versammlung nach Val Duchesse, ins Hauptquartier der Generalstäbler für die Europäische Atomgemeinschaft und den Gemeinsamen Markt, geführt hatte, war die Sorge um das künftige Parlament dieser beiden Gemeinschaften. In Straßburg war die Vermutung aufgekommen, daß man eine neue parlamentarische Körperschaft plane, die neben dem Europarat, dem Parlament der Westeuropäischen Union und der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion ein viertes europäisches Parlament werden würde. Die Beratende Versammlung stellte daher in einer Dringlichkeitsentschließung fest, daß ein solches Vorhaben die ohnehin nicht mehr ganz übersichtlichen parlamentarischen Ordnungen auf der europäischen Ebene noch mehr verwirren würde und empfahl, die Gemeinsame Versammlung der Montanunion, nach entsprechender Erweiterung, zum Parlament der Atomgemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes zu machen.

Spaak konnte seine Besucher rasch beruhigen. Andere Auffassungen sind in Brüssel niemals vertreten worden; schon in dem ersten Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister vom 21. April des vorigen Jahres heißt es: „Die parlamentarische Kontrolle wäre von der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu übernehmen, deren Abgeordnetenzahl stark erhöht werden könnte.“ Die Notwendigkeit dieser Verbindung ergibt sich nicht nur aus, technischen Überlegungen, sondern das Parlament der Montanunion kann auch ein gewisses Erstgeburtsrecht für sich in Anspruch nehmen, denn in seinem Schoß ist im Dezember 1954 die Idee der „Relance Européenne“ durch den Gemeinsamen Markt und die Atomgemeinschaft geboren, und von hier erfolgte der Anstoß für die Konferenz der Außenminister der sechs Montanstaaten Anfang Juni 1955 in Messina, auf der die Beschlüsse zur Verwirklichung dieser beiden Gemeinschaften gefaßt wurden. Der Gedanke, daß das (erweiterte) Montanparlament auch das Parlament des Gemeinsamen Marktes und der Atomgemeinschaft sein müsse, ist nie ernsthaft in Frage gestellt worden. Allerdings entstanden vorübergehend einige Zweifel, als nämlich in Frankreich deutlich wurde, daß alles vermieden werden mußte, was die neuen Zusammenschlüsse optisch zu nahe an die an der Seine nicht sonderlich populäre Montanunion, und zwar insbesondere an deren Hohe Behörde in Luxemburg, rücken könnte.

Aber wenn Spaak, seit mehr als anderthalb Jahren der Motor der Brüsseler Konferenz, sich darum jemals ernsthaft Sorgen gemacht haben sollte, so sind sie längst durch gewichtigere Probleme in den Hintergrund gedrängt worden. Voller Optimismus von seinen zweitägigen Verhandlungen mit der britischen Regierung nach Brüssel zurückgekehrt, wollte er am Donnerstag der vergangenen Woche mit seine Equipe in die Endrunde gehen. Für das Problem Freihandelszone und Großbritannien war in London eine brauchbare Formel gefunden worden. Aus Bonn wurde Staatssekretär Hallstein mit einem fix und fertigen Kabinettsbeschuß in der Tasche erwartet. Aus Paris, meinte man, würde Faure kommen und nach der Aussprache in der Nationalversammlung nun auch endlich die französische Position in den heiklen Fragen des Investitionsfonds, der Beteiligung der überseeischen Gebiete, der Eingliederung des Agrarsektors in den Gemeinsamen Markt bestimmen können. Damit bestand zumindest eine theoretische Möglichkeit, daß die Außenminister, wenn sie am 26. Januar in Brüssel zusammentreten werden, „reinen Tisch“ vorgefunden hätten. Doch. Frankreichs Uhren gingen wieder einmal anders.

Faure kam erst am Samstagmorgen nach Brüssel, wo seine Kollegen bereits zwei Sitzungstage und Sitzungsnächte hinter sich hatten. Er kam ohne einen Beschluß der Nationalversammlung, die ihren Spruch vertagt hatte. Aber er konnte das eine bestätigen, was die Männer in Val Duchesse nicht erst seit einigen

Wochen quält: Der Plan der drei Etappen für den Abbau der Zollschranken liegt einer Reihe von wichtigen und einflußreichen Leuten in Paris wegen der Unwiderruflichkeit der einmal zurückgelegten Abschnitte wie ein Alptraum auf der Seele.

Mit dieser Unwiderruflichkeit steht und fällt aber die ganze Konstruktion des Gemeinsamen Marktes. Die Begrenzung der Zeiträume läßt in den Verhandlungen viel Spielmöglichkeit offen. Die Frage, ob die einzelnen Etappen vier oder fünf oder gar sechs Jahre umfassen, ob sie gleich oder verschieden lang sein sollen, ist eine Frage zweiten Ranges. Auch über die Frage, in welchen Stufen die Zölle zu senken wären, bis sie schließlich nach Ablauf der Übergangszeit auf Null angekommen sind, wird man sich in den verschiedensten Formen einigen können. Die Idee aber, daß keine der einmal erreichten Etappen wieder aufgegeben werden darf, ist eines der wichtigsten Konstruktionselemente des gesamten Gebäudes. Würde man es aufgeben, so hieße das, auf dem trügerischen und schwankenden Grund wechselnder parlamentarischer Mehrheiten bauen; unter Umständen könnten dann die diesen Mehrheiten ausgelieferten Regierungen gezwungen werden, das wieder einzureißen, was gerade mit einem erheblichen Aufwand an Fleiß, an gutem Willen und an finanziellen Mitteln von allen sechs Teilnehmern aufgerichtet worden wäre. Daß unter diesen Umständen wahrscheinlich niemand geneigt wäre, Fleiß, Geld und guten Willen „auf Verdacht“ zu investieren, liegt auf der Hand. Und damit wäre auch die „Relance Européenne“ gescheitert.

Die sechs Außenminister, die am Samstag und Sonntag in Brüssel zusammenkommen, wissen, was an diesen beiden Tagen für Europa auf dem Spiel steht. Hoffen wir, daß auch ihre Völker es wissen damit sie sich entsprechend entscheiden können.